

Gebührentabellen

mit Erläuterungen, Berechnungsmustern und Arbeitshilfen

von
Norbert Schneider

4. Auflage

Gebührentabellen – Schneider

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Vergütungsrecht



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de

ISBN 978 3 406 66955 2

7. Gebühren in sozialrechtlichen Angelegenheiten nach Betragsrahmen

I. Überblick

Die Gebühren in sozialrechtlichen Angelegenheiten richten sich grundsätzlich nach Betragsrahmen (§ 3 Abs. 1 S. 1 RVG). Dies gilt auch für außergerichtliche Tätigkeiten (§ 3 Abs. 2 RVG).

Lediglich in Ausnahmefällen richten sich die Gebühren gem. § 3 Abs. 1 S. 2, Abs. 2 RVG auch in sozialrechtlichen Angelegenheiten nach dem Gegenstandswert (§ 2 Abs. 1 RVG). Für diese Fälle kann auf die Gebührentabellen nach den Gegenstandswerten und die dortigen Ausführungen Bezug genommen werden.

Soweit sich die Gebühren nicht nach dem Gegenstandswert richten, sind Betragsrahmen vorgesehen. Zu den betreffenden Gebührentatbeständen ist grundsätzlich ein Mindest- und ein Höchstbetrag vorgegeben. Aus diesen Rahmen bestimmt der Anwalt unter Berücksichtigung der Kriterien des § 14 Abs. 1 RVG die im Einzelfall angemessene Gebühr. Auch hier ist für die Geschäftsgebühr eine sog. Schwellengebühr vorgesehen, die einen Höchstbetrag vorsieht, wenn die Tätigkeit weder umfangreich noch schwierig war (Anm. zu Nr. 2302 VV RVG). Des weiteren gilt nach wie vor für den Verkehrsanwalt eine Höchstgrenze (Nr. 3400 VV RVG).

Besonderheiten ergeben sich nach Nrn. 1005, 1006 VV RVG für die Einigungs- und Erledigungsgebühren. Hier sind keine eigenen Gebührenrahmen mehr vorgesehen. Vielmehr entstehen diese Gebühren grundsätzlich in Höhe der jeweiligen Verfahrensgebühr (gerichtliche Verfahren), Geschäftsgebühr (außergerichtliche Tätigkeiten) oder in Höhe der der halben Schwellengebühr (Beratung). Eine Erhöhung der Verfahrens- oder Geschäftsgebühr wegen mehrerer Auftraggeber (Nr. 1008 VV RVG) ist zuvor herauszurechnen. Bei Teileinigungen – oder -erledigungen ist zu quoteln.

Eine weitere Besonderheit ergibt sich für die sog. fiktiven Terminsgebühren, also für die Terminsgebühren bei einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung, bei Abschluss eines schriftlichen Vergleichs, bei angenommenem Anerkenntnis oder auch bei einer Entscheidung durch Gerichtsbescheid. Auch hier sind die Terminsgebühren an die konkrete Verfahrensgebühr gekoppelt, und zwar in der ersten Instanz (Anm. S. 2 zu Nr. 3106 VV RVG) und im Revisionsverfahren (Anm. zu Nr. 3213 VV RVG) auf 90% der jeweiligen Verfahrensgebühr und im Berufungsverfahren auf 75 % (Anm. zu Nr. 3205 VV RVG). Eine Erhöhung der Verfahrensgebühr wegen mehrerer Auftraggeber nach Nr. 1008 VV RVG ist allerdings zuvor herauszurechnen.

Vertritt der Anwalt **mehrere Auftraggeber**, so gilt auch hier Nr. 1008 VV RVG. Der Gebührenrahmen wird um 30% angehoben, indem für jeden weiteren Auftraggeber, der Mindest- und der Höchstbetrag – und damit auch die Mittelgebühr – um jeweils 30% erhöht wird.¹ Auch die Kappungsgrenze der Anm. zu Nr. 2302 VV RVG erhöht sich bei mehreren Auftraggebern (Anm. Abs. 4 zu Nr. 1008 VV RVG). Mehrere Erhöhungen dürfen das Doppelte des Mindest- und des Höchstbetrages nicht übersteigen. Im Gegensatz zu den Wertgebühren ist es bei den Betragsrahmengebühren nicht erforderlich, dass der Gegenstand der anwaltlichen Tätigkeit für die einzelnen Auftraggeber derselbe ist. Die Anm. Abs. 1 zu Nr. 1008 VV RVG gilt nur für Wertgebühren.

Im Rahmen der **Beratungshilfe**, die in sozialrechtlichen Angelegenheiten auch möglich ist, gelten die gleichen Festgebühren wie auch in sonstigen Angelegenheiten. Der bisherige Anrechnungsausschluss der Geschäftsgebühr ist weggefallen.

Mit dem 2. KostRMOG ist jetzt auch in sozialrechtlichen Angelegenheiten eine Anrechnung der **Geschäftsgebühr** eingeführt worden. Danach wird die Geschäftsgebühr des Verwaltungsverfahrens auf die Geschäftsgebühr des Widerspruchsverfahrens hälftig – höchstens zu 175,00 Euro – angerechnet (Vorbem. 2.3 Abs. 4 VV RVG). Die Geschäftsgebühr des Widerspruchsverfahrens oder – wenn es ein solches nicht stattfindet – die des Verwaltungsverfahrens wird auf die Verfahrensgebühr des erstinstanzlichen gerichtlichen Verfahrens angerechnet (Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG).

¹ SG Lüneburg, Beschl. v. 9.3.2009 – S 12 SF 30/09 E.

II. Gebührentabelle

| Gebührentatbestand | VV-Nr. oder RVG-§ | Mindestgebühr | Mittelgebühr | 20% über Mittelgebühr ¹ | Höchstgebühr | Höchstbetrag |
|--|------------------------------|---------------|--------------|--|--------------|-----------------------|
| I. Beratung und Gutachten (sofern keine Vereinbarung getroffen) | | | | | | |
| 1. Beratung und Gutachten | | | | | | |
| a) Beratung oder Gutachten | § 34 Abs. 1 S. 2 RVG | | | übliche Vergütung nach § 612 oder § 632 BGB | | |
| b) Höchstgrenze bei Verbraucher | § 34 Abs. 1 S. 3 RVG | | | | | 250,00 € |
| c) Höchstgrenze Erstberatung bei Verbraucher | § 34 Abs. 1 S. 3 RVG | | | | | 190,00 € |
| 2. Einigung oder Erledigung² | | | | | | |
| | Anm. Abs. 1 S. 4 zu Nr. 1005 | | | 150,00 € (halbe Schwellengebühr) | | |
| II. Beratungshilfe | | | | | | |
| 1. Beratungshilfengebühr | 2500 | | | 15,00 (Festgebühr) ³ | | |
| 2. Beratungsgebühr | 2501 | | | 35,00 (Festgebühr) ⁴ | | |
| 3. Geschäftsgebühr⁵ | 2503 | | | 85,00 (Festgebühr) ⁶ | | |
| 4. Geschäftsgebühr bei mehreren Auftraggeber | 2500, 1008 | | | Erhöhung um 30% je weiteren Auftraggeber höchstens um 200% | | |
| 5. Einigung/Erledigung | 2508 | | | 150,00 € (Festgebühr) | | |
| III. Prüfung der Erfolgsaussicht eines Rechtsmittels | | | | | | |
| 1. Prüfung | 2102 | 30,00 € | 175,00 € | 210,00 € | 320,00 € | |
| 2. Prüfung mit Gutachten | 2103 | 50,00 € | 300,00 € | 360,00 € | 550,00 € | |
| IV. Außergerichtliche Vertretung | | | | | | |
| 1. Verwaltungsverfahren | | | | | | |
| a) Geschäftsgebühr ⁷ | 2302 Nr. 1 | 50,00 € | 345,00 € | 414,00 € | 600,00 € | |
| b) weder umfangreich noch schwierig ⁸ | Anm. zu Nr. 2302 | | | | | 300,00 € ⁹ |

¹ Nach ganz einhelliger Rspr. steht dem Anwalt bei der Bestimmung der angemessenen Gebühr nach § 14 Abs. 1 RVG ein Toleranzbereich von 20% zu, so dass ein Überschreiten der billigen Gebühr von bis zu 20% im Einzelfall noch nicht als unbillig angesehen wird. Unzulässig ist es allerdings, die angemessene Gebühr bewusst um 20% anzuheben, da dies einen Ermessensfehlgebrauch darstellt.

² Auch im Rahmen einer Beratung kann der Anwalt eine Einigungs- oder Erledigungsgebühr verdienen (OVG Lüneburg AnwBl. 1983, 282; VG Münster AnwBl. 1981, 163; OVG Münster AnwBl. 1985, 391 = JurBüro 1985, 1500 = Rpfleger 1985, 325).

³ Diese Gebühr schuldet nur der Rechtsuchende § 44 Abs. S. 2 RVG. Auslagen, auch Umsatzsteuer (Nr. 7008 VV RVG), können neben der Gebühr nicht erhoben werden (Anm. S. 1 zu Nr. 2500 VV RVG). Die Gebühr kann erlassen werden (Anm. S. 2 zu Nr. 2500 VV RVG).

⁴ Die Gebühr ist in voller Höhe auf eine nachfolgende Tätigkeit anzurechnen (Anm. Abs. 2 zu Nr. 2501 VV RVG).

⁵ Sofern der Anwalt sowohl in Verwaltungs- als auch im Widerspruchsverfahren tätig war, entsteht die Geschäftsgebühr gesondert (§ 17 Nr. 1a RVG); es gilt dann allerdings die Anrechnungsvorschrift der Anm. Abs. 2 S. 1 zu Nr. 2503 VV RVG.

Eine Anrechnung der Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr des sozialgerichtlichen Verfahrens kommt jedoch entgegen dem Wortlaut der Anm. Abs. 2 zu Nr. 2503 VV RVG nicht in Betracht, da im gerichtlichen Verfahren bereits danach differenziert wird, ob der Anwalt im Verwaltungs- oder Widerspruchsverfahren vertreten hat. Es liegt hier ein Redaktionsversehen des Gesetzgebers vor.

⁶ Die Gebühr ist hälftig auf eine nachfolgende behördliche oder gerichtliche Tätigkeit anzurechnen (Anm. Abs. 2 zu Nr. 2503 VV RVG).

⁷ Der Rahmen erhöht sich nach Nr. 1008 VV RVG bei mehreren Auftraggebern um 30% je weiteren Auftraggeber, höchstens um 200%.

⁸ Die Kappungsgrenze erhöht sich nach Anm. Abs. 4 zu Nr. 1008 VV RVG bei mehreren Auftraggebern um 30% je weiteren Auftraggeber, höchstens um 200%.

⁹ Der Kappungsgrenze erhöht sich nach Nr. 1008 VV RVG bei mehreren Auftraggebern um 30% je weiteren Auftraggeber (Anm. Abs. 4 zu Nr. 1008 VV RVG).

| Gebührentatbestand | VV-Nr. oder RVG-§ | Mindestgebühr | Mittelgebühr | 20% über Mittelgebühr | Höchstgebühr | Höchstbetrag |
|---|--|---|--------------|-----------------------|--------------|-----------------------|
| c) Einigung/Erledigung aa) nicht anhängig bb) anhängig | 1005 Anm. S. 2 zu Nr. 1005, 1006 | in Höhe der konkret abgerechneten Geschäftsgebühr ¹ in Höhe der konkret abgerechneten Verfahrensgebühr ² | | | | |
| 2. Nachprüfungsverfahren | | | | | | |
| a) Geschäftsgebühr ³ b) weder umfangreich noch schwierig c) Anrechnung d) Einigung/Erledigung aa) nicht anhängig bb) anhängig | 2302 Nr. 1 Anm. zu Nr. 2302 Vorbem. 2.3 Abs.4 1005 Anm. S. 2 zu Nr. 1005, 1006 | 50,00 € | 345,00 € | 414,00 € | 640,00 € | 300,00 € ⁴ |
| häufige Anrechnung einer im Verwaltungsverfahren angefallenen Geschäftsgebühr (höchstens 175,00 €) | | | | | | |
| in Höhe der konkret abgerechneten Geschäftsgebühr ⁵ in Höhe der konkret abgerechneten Verfahrensgebühr ⁶ | | | | | | |

V. Selbstständiges Beweisverfahren

| | | | | | | |
|---|-----------------------------|---|----------|----------|----------|---|
| 1. Verfahrensgebühr³ | 3102 | 50,00 € | 300,00 € | 360,00 € | 550,00 € | |
| 2. Termingsgebühr | | | | | | |
| a) tatsächlicher Termin nach Vorbem. 3 Abs. 3 VV RVG b) fiktiver Termin nach Anm. zu Nr. 3106 VV RVG | 3106 Anm. Abs. 2 zu 3106 | 50,00 € | 280,00 € | 336,00 € | 510,00 € | 90 % der jeweiligen Verfahrensgebühr ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG |
| 3. Einigung/Erledigung⁴ | | | | | | |
| a) Gesamteinigung b) Teileinigung | 1006 Anm. Abs. 2 zu 1006 | in Höhe der jeweiligen Verfahrensgebühr ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG Anteil der jeweiligen Verfahrensgebühr nach Verhältnis der Streitgegenstände ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |

VI. Gerichtliches Verfahren 1. Instanz

| | | | | | | |
|---|-----------------------------|---|----------|----------|----------|--|
| 1. Verfahrensgebühr | | | | | | |
| a) Verfahrensgebühr ³ b) Anrechnung | 3102 Vorbem. 3 Abs.4 | 50,00 € | 300,00 € | 360,00 € | 550,00 € | häufige Anrechnung einer im Verwaltungs- oder Widerspruchsverfahren angefallenen Geschäftsgebühr ⁷ (höchstens 175,00 €) |
| 2. Termingsgebühr | | | | | | |
| a) tatsächlicher Termin nach Vorbem. 3 Abs. 3 VV RVG b) fiktiver Termin nach Anm. zu Nr. 3106 VV RVG | 3106 Anm. Abs. 2 zu 3106 | 50,00 € | 280,00 € | 336,00 € | 510,00 € | 90 % der jeweiligen Verfahrensgebühr ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG |
| 3. Einigung/Erledigung³ | | | | | | |
| a) Gesamteinigung b) Teileinigung | 1006 Anm. Abs. 2 zu 1006 | in Höhe der jeweiligen Verfahrensgebühr ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG Anteil der jeweiligen Verfahrensgebühr nach Verhältnis der Streitgegenstände ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |

¹ Ohne eventuelle Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG.

² Ohne eventuelle Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG.

³ Der Rahmen erhöht sich nach Nr. 1008 VV RVG bei mehreren Auftraggebern um 30 % je weiteren Auftraggeber.

⁴ Der Kappungsgrenze erhöht sich nach Nr. 1008 VV RVG bei mehreren Auftraggebern um 30 % je weiteren Auftraggeber (Anm. Abs. 4 zu Nr. 1008 VV RVG).

⁵ Ohne eventuelle Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG.

⁶ Ohne eventuelle Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG.

⁷ Angerechnet wird nur die letzte Gebühr (Vorbem. 4 Abs. 3 S. 3 VV RVG).

| Gebührentatbestand | VV-Nr. oder RVG-§ | Mindestgebühr | Mittelgebühr | 20% über Mittelgebühr | Höchstgebühr | Höchstbetrag |
|---|---------------------|---|--------------|-----------------------|--------------|--------------|
| VII. Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung | | | | | | |
| 1. Verfahrensgebühr ¹ | 3511 | 60,00 € | 370,00 € | 444,00 € | 680,00 € | |
| 2. Terminsgebühr | 3517 | 50,00 € | 280,00 € | 336,00 € | 510,00 € | |
| 3. Einigung/Erledigung | | | | | | |
| a) Gesamteinigung | 1006 | in Höhe der jeweiligen Verfahrensgebühr ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| b) Teileinigung | Anm. Abs. 2 zu 1006 | Anteil der jeweiligen Verfahrensgebühr nach Verhältnis der Streitgegenstände ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| VIII. Berufung | | | | | | |
| 1. Verfahrensgebühr ¹ | 3204 | 60,00 € | 370,00 € | 440,00 € | 380,00 € | |
| 2. Terminsgebühr | | | | | | |
| a) tatsächlicher Termin nach Vorbem. 3 Abs. 3 VV RVG | 3205 | 50,00 € | 280,00 € | 336,00 € | 510,00 € | |
| b) fiktiver Termin nach Anm. S. 1 Nr. 1 und 3, S. 2 zu Nr. 3106 VV RVG | Anm. Abs. 2 zu 3205 | 75 % der jeweiligen Verfahrensgebühr ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| 3. Einigung/Erledigung | | | | | | |
| a) Gesamteinigung | 1006 | in Höhe der jeweiligen Verfahrensgebühr ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| b) Teileinigung | Anm. Abs. 2 zu 1006 | Anteil der jeweiligen Verfahrensgebühr nach Verhältnis der Streitgegenstände ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| IX. Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision | | | | | | |
| 1. Verfahrensgebühr ¹ | 3512 | 80,00 € | 480,00 € | 576,00 € | 880,00 € | |
| 2. Terminsgebühr | 3518 | 60,00 € | 360,00 € | 432,00 € | 660,00 € | |
| 3. Einigung/Erledigung | | | | | | |
| a) Gesamteinigung | 1006 | in Höhe der jeweiligen Verfahrensgebühr ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| b) Teileinigung | Anm. Abs. 2 zu 1006 | Anteil der jeweiligen Verfahrensgebühr nach Verhältnis der Streitgegenstände ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| X. Revision | | | | | | |
| 1. Verfahrensgebühr ¹ | 3212 | 80,00 € | 480,00 € | 576,00 € | 800,00 € | |
| 2. Terminsgebühr | | | | | | |
| a) tatsächlicher Termin nach Vorbem. 3 Abs. 3 VV RVG | 3213 | 40,00 € | 455,00 € | 546,00 € | 830,00 € | |
| b) fiktiver Termin nach Anm. 3213, Anm. S. 1 Nr. 1 und 3, S. 2 zu Nr. 3106 VV RVG | Anm. Abs. 2 zu 3205 | 90 % der jeweiligen Verfahrensgebühr ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| 3. Einigung/Erledigung | | | | | | |
| a) Gesamteinigung | 1006 | in Höhe der jeweiligen Verfahrensgebühr ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| b) Teileinigung | Anm. Abs. 2 zu 1006 | Anteil der jeweiligen Verfahrensgebühr nach Verhältnis der Streitgegenstände ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| XI. Einfache Beschwerde² und Erinnerung³ | | | | | | |
| 1. Verfahrensgebühr ¹ | 3501 | 20,00 € | 115,00 € | 138,00 € | 210,00 € | |
| 2. Terminsgebühr | 3515 | 20,00 € | 115,00 € | 138,00 € | 210,00 € | |

¹ Der Rahmen erhöht sich nach Nr. 1008 VV RVG bei mehreren Auftraggebern um 30 % je weiteren Auftraggeber.

² In Beschwerdeverfahren gegen Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutz gelten die Gebühren eines Berufungsverfahrens (Vorbem. 3.2.1 Nr. 3 Buchst. g) VV RVG.

³ Auch Erinnerungen gegen eine Entscheidung des Urkundsbeamten im Rahmen der Kostenfestsetzung sind eigene Angelegenheiten (§ 18 Abs. 1 Nr. 3 RVG).

| Gebührentatbestand | VV-Nr. oder RVG-§ | Mindestgebühr | Mittelgebühr | 20% über Mittelgebühr | Höchstgebühr | Höchstbetrag |
|--|--------------------------|---|--------------|-----------------------|--------------|-----------------------|
| 3. Einigung/Erledigung | | | | | | |
| a) Gesamteinigung | 1006 | in Höhe der jeweiligen Verfahrensgebühr ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| b) Teileinigung | Anm. Abs. 2 zu 1006 | Anteil der jeweiligen Verfahrensgebühr nach Verhältnis der Streitgegenstände ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| XII. Verkehrsanwalt | | | | | | |
| 1. Verfahrensgebühr² | 3400 | Gebühr wie Hauptbevollmächtigter | | | | 420,00 € ¹ |
| 2. Vorzeitige Erledigung | 3405 | Gebühr wie Hauptbevollmächtigter | | | | 210,00 € ¹ |
| 3. Einigung/Erledigung | | | | | | |
| a) Gesamteinigung | 1006 | in Höhe der jeweiligen Verfahrensgebühr ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| b) Teileinigung | Anm. Abs. 2 zu 1006 | Anteil der jeweiligen Verfahrensgebühr nach Verhältnis der Streitgegenstände ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| XIII. Terminsvertreter | | | | | | |
| 1. Verfahrensgebühr² | 3401 i.V. m. | | | | | |
| a) 1. Instanz ³ | 3102 | 50,00 € | 300,00 € | 360,00 € | 550,00 € | |
| b) Beschwerde gegen Nichtzulassung der Berufung | 3511 | 60,00 € | 370,00 € | 444,00 € | 680,00 € | |
| c) Berufung ⁴ | 3204 | 60,00 € | 370,00 € | 444,00 € | 680,00 € | |
| d) Beschwerde gegen Nichtzulassung der Revision | 3512 | 80,00 € | 480,00 € | 576,00 € | 880,00 € | |
| e) Revision ⁵ | 3212 | 80,00 € | 480,00 € | 576,00 € | 880,00 € | |
| f) Sonstige Beschwerden | 3501 | 20,00 € ⁶ | 115,00 € | 138,00 € | 210,00 € | |
| 2. Vorzeitige Erledigung | 3405 | | | | | 210,00 € ¹ |
| 3. Terminsgebühr | 3402 | wie ein Hauptbevollmächtigter | | | | |
| 4. Einigung/Erledigung | | | | | | |
| a) Gesamteinigung | 1006 | in Höhe der jeweiligen Verfahrensgebühr ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| b) Teileinigung | Anm. Abs. 2 zu 1006 | Anteil der jeweiligen Verfahrensgebühr nach Verhältnis der Streitgegenstände ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| XIV. Einzeltätigkeiten in gerichtlichen Verfahren | | | | | | |
| 1. Verfahrensgebühr² | 3406 | 30,00 € | 185,00 € | 220,00 € | 340,00 € | |
| 2. Vorzeitige Erledigung | analog 3405 ⁷ | | | | | 210,00 € ¹ |
| 3. Einigung/Erledigung | | | | | | |
| a) Gesamteinigung | 1006 | in Höhe der jeweiligen Verfahrensgebühr ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |

¹ Der Höchstbetrag erhöht sich nach Nr. 1008 VV RVG bei mehreren Auftraggebern um 30 % je weiteren Auftraggeber.

² Der Rahmen erhöht sich nach Nr. 1008 VV RVG bei mehreren Auftraggebern um 30 % je weiteren Auftraggeber.

³ Eine zuvor verdiente Geschäftsgebühr ist auch hier anzurechnen (Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG). Nr. 1008 VV RVG bei mehreren Auftraggebern um 30% je weiteren Auftraggeber.

⁴ Eine Verfahrensgebühr für eine vorangegangene Beschwerde gegen Nichtzulassung der Berufung ist anzurechnen (Anm. zu Nr. 3511 VV RVG)

⁵ Eine Verfahrensgebühr für eine vorangegangene Beschwerde gegen Nichtzulassung der Berufung ist anzurechnen (Anm. zu Nr. 3512 VV RVG)

⁶ Der Mindestbetrag einer Gebühr beläuft sich gem. § 13 Abs. 2 RVG auf 15,00 Euro.

⁷ Siehe AnwK-RVG/N. Schneider Nr. 3405 VV RVG Rn. 17, 18.

| Gebührentatbestand | VV-Nr. oder RVG-§ | Mindestgebühr | Mittelgebühr | 20% über Mittelgebühr | Höchstgebühr | Höchstbetrag |
|---------------------------------------|---------------------|---|--------------|-----------------------|--------------|--------------|
| b) Teileinigung | Anm. Abs. 2 zu 1006 | Anteil der jeweiligen Verfahrensgebühr nach Verhältnis der Streitgegenstände ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| XV. Prozesskostenhilfverfahren | | | | | | |
| 1. Verfahrensgebühr ¹ | 3335 | wie ein Hauptbevollmächtigter | | | | 420,00 € |
| 2. Terminsgebühr | Vorbem. 3.3.6 | In Höhe der Terminsgebühr des zugrunde liegenden Verfahrens | | | | |
| 3. Einigung/Erledigung | | | | | | |
| a) Gesamteinigung | 1006 | in Höhe der jeweiligen Verfahrensgebühr ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| b) Teileinigung | Anm. Abs. 2 zu 1006 | Anteil der jeweiligen Verfahrensgebühr nach Verhältnis der Streitgegenstände ohne Erhöhung nach Nr. 1008 VV RVG | | | | |
| XVI. Gehörsrügeverfahren | | | | | | |
| 1. Verfahrensgebühr ¹ | 3330 | In Höhe der Verfahrensgebühr des zugrunde liegenden Verfahrens | | | | 220,00 € |
| 2. Terminsgebühr | 3331 | In Höhe der Terminsgebühr des zugrunde liegenden Verfahrens | | | | 220,00 € |

¹ Der Rahmen erhöht sich nach Nr. 1008 VV RVG bei mehreren Auftraggebern um 30 % je weiteren Auftraggeber.

8. Hilfeleistung in Steuersachen

I. Überblick

Erbringt der Rechtsanwalt Hilfeleistung in Steuersachen richtet sich die Abrechnung der Vergütung nicht nach dem RVG, sondern gemäß der in § 35 Abs. 1 RVG enthaltenen Verweisung nach den §§ 23 bis 39 i.V.m. §§ 10 und 13 der Steuerberatervergütungsverordnung (StBVV).

Von der Verweisung erfasst wird nur die außergerichtliche Vertretung bei der Erbringung von Hilfeleistungen, und zwar auch nur im Besteuerungsverfahren.

Im Einspruchsverfahren und in einem Verfahren auf Aussetzung der Vollziehung vor der Finanzbehörde (§ 69 Abs. 2 FGO) gilt bereits das RVG, da § 35 Abs. 1 RVG nicht auf § 40 Abs. 1 und 7 StBVV Bezug nimmt.

In gerichtlichen Verfahren richtet sich die Vergütung immer nach dem RVG, da auch der Steuerberater nach dem RVG abrechnet (§ 45 StBVV). Das gilt auch in der Verwaltungsvollstreckung (§ 44 StBVV).

Erbringt der Anwalt andere Tätigkeiten oder Hilfeleistungen, die durch die Verweisung in § 35 Abs. 1 RVG nicht erfasst werden, gelten die Gebühren nach Teil 2 VV RVG.

Soweit die StBVV anzuwenden ist, richtet sich der Gegenstandswert nach dem Wert, den der Gegenstand der beruflichen Tätigkeit hat (§ 10 Abs. 1 S. 1 StBVV). Maßgebend ist, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, der Wert des Interesses (§ 10 Abs. 1 S. 3 StBVV).

Soweit für die Tätigkeit in Besteuerungsverfahren die StBVV gilt, ist eine dort verdiente Gebühr nach Vorbem. 2.3 Abs. 4 VV RVG auf die Geschäftsgebühr eines Einspruchsverfahrens und nach Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG auf die Verfahrensgebühr eines nachfolgenden gerichtlichen Verfahrens hälftig anzurechnen (§ 35 Abs. 2 S. 1 RVG). Dabei stehen die Gebühren nach den §§ 23, 24 und 31 der StBVV, bei mehreren Gebühren deren Summe, einer Geschäftsgebühr nach Teil 2 VV RVG gleich (§ 35 Abs. 2 S. 1 RVG). Bei der Ermittlung des Höchstbetrags des anzurechnenden Teils der Geschäftsgebühr ist der Gegenstandswert derjenigen Gebühr zugrunde zu legen, auf die angerechnet wird (§ 35 Abs. 2 S. 2 RVG).

II. Auszug aus der StBVV

§ 10 Wertgebühren

(1) ¹Die Wertgebühren bestimmen sich nach den der Verordnung als Anlage beigefügten Tabellen A bis E. ²Sie werden nach dem Wert berechnet, den der Gegenstand der beruflichen Tätigkeit hat. ³Maßgebend ist, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, der Wert des Interesses.

(2) In derselben Angelegenheit werden die Werte mehrerer Gegenstände zusammengerechnet; dies gilt nicht für die in den §§ 24 bis 27, 30, 35 und 37 bezeichneten Tätigkeiten.

§ 13 Zeitgebühr

¹Die Zeitgebühr ist zu berechnen

1. in den Fällen, in denen diese Verordnung dies vorsieht,
2. wenn keine genügenden Anhaltspunkte für eine Schätzung des Gegenstandswerts vorliegen; dies gilt nicht für Tätigkeiten nach § 23 sowie für die Vertretung im außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren (§ 40), im Verwaltungsvollstreckungsverfahren (§ 44) und in gerichtlichen und anderen Verfahren (§§ 45, 46).

²Sie beträgt 30 bis 70 Euro je angefangene halbe Stunde.

§ 23 Sonstige Einzeltätigkeiten

¹Die Gebühr beträgt für

- | | |
|--|----------------|
| 1. die Berichtigung einer Erklärung | 2/10 bis 10/10 |
| 2. einen Antrag auf Stundung | 2/10 bis 8/10 |
| 3. einen Antrag auf Anpassung der Vorauszahlungen | 2/10 bis 8/10 |
| 4. einen Antrag auf abweichende Steuerfestsetzung aus Billigkeitsgründen | 2/10 bis 8/10 |
| 5. einen Antrag auf Erlaß von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis oder aus zollrechtlichen Bestimmungen | 2/10 bis 8/10 |
| 6. einen Antrag auf Erstattung (§ 37 Abs. 2 der Abgabenordnung) | 2/10 bis 8/10 |
| 7. einen Antrag auf Aufhebung oder Änderung eines Steuerbescheides oder einer Steueranmeldung | 2/10 bis 10/10 |
| 8. einen Antrag auf volle oder teilweise Rücknahme oder auf vollen oder teilweisen Widerruf eines Verwaltungsaktes | 4/10 bis 10/10 |
| 9. einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand außerhalb eines Rechtsbehelfsverfahrens | 4/10 bis 10/10 |
| 10. sonstige Anträge, soweit sie nicht in Steuererklärungen gestellt werden | 2/10 bis 10/10 |

einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1). ²Soweit Tätigkeiten nach den Nummern 1 bis 10 denselben Gegenstand betreffen, ist nur eine Tätigkeit maßgebend, und zwar die mit dem höchsten oberen Gebührenrahmen.

§ 24 Steuererklärungen

(1) Der Steuerberater erhält für die Anfertigung

- | | |
|---|---------------|
| 1. der Einkommensteuererklärung ohne Ermittlung der einzelnen Einkünfte einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist die Summe der positiven Einkünfte, jedoch mindestens 8 000 Euro; | 1/10 bis 6/10 |
| 2. der Erklärung zur gesonderten Feststellung der Einkünfte ohne Ermittlung der Einkünfte einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist die Summe der positiven Einkünfte, jedoch mindestens 8 000 Euro; | 1/10 bis 5/10 |
| 3. der Körperschaftsteuererklärung einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist das Einkommen vor Berücksichtigung eines Verlustabzugs, jedoch mindestens 16 000 Euro; bei der Anfertigung einer Körperschaftsteuererklärung für eine Organgesellschaft ist das Einkommen der Organgesellschaft vor Zurechnung maßgebend; das entsprechende Einkommen ist bei der Gegenstandsberechnung des Organträgers zu kürzen; | 2/10 bis 8/10 |
| 4. <i>[aufgehoben]</i> | |
| 5. der Erklärung zur Gewerbesteuer einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist der Gewerbeertrag vor Berücksichtigung des Freibetrags und eines Gewerbeverlustes, jedoch mindestens 8 000 Euro; | 1/10 bis 6/10 |
| 6. der Gewerbesteuerzerlegungserklärung einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert sind 10 Prozent der als Zerlegungsmaßstab erklärten Arbeitslöhne, jedoch mindestens 4 000 Euro; | 1/10 bis 6/10 |
| 7. der Umsatzsteuer-Voranmeldung sowie hierzu ergänzender Anträge und Meldungen einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert sind 10 Prozent der Summe aus dem Gesamtbetrag der Entgelte und der Entgelte, für die der Leistungsempfänger Steuerschuldner ist, jedoch mindestens 650 Euro; | 1/10 bis 6/10 |
| 8. der Umsatzsteuererklärung für das Kalenderjahr einschließlich ergänzender Anträge und Meldungen einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert sind 10 Prozent der Summe aus dem Gesamtbetrag der Entgelte und der Entgelte, für die der Leistungsempfänger Steuerschuldner ist, jedoch mindestens 8 000 Euro; | 1/10 bis 8/10 |
| 9. <i>[aufgehoben]</i> | |